

Aus dem Leitz-Ordner in den »Arbeiterroman«

Autor Gerhard Henschel ist akribischer Archivar seines eigenen Lebens.
»nd« besichtigte das Material für die Lebenschronik seines Alter Ego. Seite 32

Foto: dpa/Uwe Zucchi; 123rf/ungreanusergiu

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Sonnabend/Sonntag, 8./9. April 2017

72. Jahrgang/Nr. 84 Bundesausgabe 2,30 € www.neues-deutschland.de



STANDPUNKT

Trump macht kehrt

Klaus Joachim Herrmann
über die US-Attacke in Syrien

Washington hat unter der Beschuldigung des Einsatzes von Chemiewaffen durch Assad den Angriff befohlen. Nicht nur die Krisenwährung Gold steigt im Wert. Auch Falken weit über die USA hinaus spüren starken Aufwind. Noch immer hatten militärische Attacken in der Regel Eskalation zur Folge. Im Falle Irak reichte sie von der lügnerrischen Unterstellung des Besitzes von Massenvernichtungswaffen bis zur Hinrichtung des Diktators und zu einem völligen Zerfall des Staates. Unklar bleibt, bis zu welcher roten Linie es diesmal geht und ob jemand, dessen Macht zu fürchten wäre, sie irgendwann für überschritten erklärt. Die Spirale dreht sich.

Präsident Trump will Stärke demonstrieren und offenbart damit seine Schwäche. Der Präsident macht politisch auf dem Absatz kehrt. Die Absage an einen Sturz von Assad ist faktisch aufgehoben. Das feindselige Verhältnis zu Russland wird nicht – wie lange angekündigt – entspannt, sondern in Richtung direkter Konfrontation verschlechtert. Dass der Schlag während seines Besuchs befohlen wurde, dürfte Chinas Präsident Xi nicht nur mit Blick auf den angebotenen US-Alleingang gegen Pjongjeng als dreiste Provokation verstehen.

Trumps Tweet an Amtsvorgänger Obama richtet sich gegen den Verfasser. »Unseren sehr sehr dummen Anführer« warnte er im September 2013 vor einem Angriff auf Syrien, denn »dann werden viele sehr schlimme Sachen passieren, und von dem Kampf haben die USA nichts!«.



2003: Raketen auf Irak (Bild), 2017 auf Syrien. Gleiche Bilder – gleiche Folgen?

Foto: imago/ZUMA Press

Der US-Präsident schießt sich frei

Mit der Eskalation des Syrienkriegs simuliert Trump Entschlossenheit und riskiert den Bruch mit Moskau

Damaskus. Der Krieg in Syrien droht nach einem US-Luftangriff weiter zu eskalieren. US-Präsident Donald Trump ließ als Vergeltung für einen bislang unbewiesenen Giftgasangriff einen Luftwaffenstützpunkt in Syrien attackieren. Dabei kamen nach syrischen Regierungsangaben mindestens sechs Menschen ums Leben, Armeeangehörige und Zivilisten. Die staatliche Nachrichtenagentur Sana schrieb, neben Militär seien neun Zivilisten ums Leben gekommen, darunter vier Kinder. Die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte meldete vier getötete syrische Armeeangehörige, darunter ein General, sowie Dutzende Verletzte. Der Gouverneur der Provinz Homs, Talal Barasi, sagte, der angegriffene Flugplatz in der Nähe des Ortes Al-Schairat sei stark zerstört worden.

Nach Angaben des Pentagon wurden 59 Raketen des Typs Tomahawk abgeschossen. Trump sagte am späten Donnerstagabend (Ortszeit), er habe den Luftangriff angeordnet in einem Akt der Verteidigung nationaler Sicherheitsinteressen. Mit dem Giftgasangriff vor wenigen Tagen, bei dem zahlreiche Menschen getötet worden seien, habe Syrien seine internationalen Verpflichtungen sowie UN-Resolutionen verletzt.

Trump hatte den syrischen Staatschef Baschar al-Assad für den angeblichen Giftgasangriff verantwortlich gemacht. Dabei kamen nicht überprüfbaren Berichten zufolge mehr als 80 Menschen ums Leben. Die Führung in Damaskus hatte die Verantwortung für den Angriff zurückgewiesen. Den US-Angriff verurteilte sie als »dumm und unverantwortlich«.

Der US-Präsident behauptete am Rande eines Treffens mit Chinas Staatschef Xi Jinping in Florida, von dem nun beschossenen Flugplatz sei vor wenigen Tagen ein Angriff mit Giftgas auf die von regierungsfeindlichen Milizen kontrollierte Stadt Chan Schei-

chen ausgegangen. Dies sei ein »barbarischer Akt« gewesen. Er rufe »alle zivilisierten Nationen auf, sich uns anzuschließen«.

US-Außenminister Rex Tillerson erhob schwere Vorwürfe gegen Russland. Russland habe in seiner Verantwortung versagt. Er verwies auf Zusagen Moskaus, chemische Waffen in Syrien zu sichern und zu zerstören. Die USA hätten vor dem Luftangriff keine Kontakte mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin gehabt. Nach Darstellung des Verteidigungsministeriums in Washington wurden allerdings russische Militärs informiert. Damit habe ausgeschlossen werden sollen, dass russische Soldaten Opfer des Angriffs werden. Das US-Militär habe darauf geachtet, keine Bereiche des Stützpunktes zu treffen, in denen sich Russen aufhielten oder gelagerte chemische Waffen vermutet würden, berichtete CNN. Man gehe davon aus, dass es keine russischen Opfer gebe.

Moskau sprach von »Angriff gegen einen souveränen Staat«. Präsident Wladimir Putin werte ihn als Verstoß gegen internationales Recht, sagte sein Sprecher Dmitri Peskow am Freitag. Er füge den Beziehungen zu Washington »beträchtlichen Schaden« zu.

Die Bundesregierung äußerte Verständnis für den Angriff der USA. Der wiederholte Einsatz von chemischen Waffen und die Verbrechen des Assad-Regimes gegen die eigene Bevölkerung hätten eine Sanktionierung verlangt, erklärte Kanzlerin Angela Merkel gemeinsam mit Frankreichs Präsident François Hollande nach einem Telefonat der beiden. Assad trage die alleinige Verantwortung für diese Entwicklung. Außenminister Sigmar Gabriel nannte den Angriff »nachvollziehbar«. Der außenpolitische Sprecher der Linksfraktion, Jan van Aken, bezeichnete den US-Angriff als »Irrsinn«. Es bestehe jetzt »die große Gefahr, dass es weiter eskaliert«. Agenturen/nd

Seite 3, 4, 5 und 9

US-Flügelraketen trafen in der Nacht zu Freitag mehr als nur einen syrischen Stützpunkt. Schwer getroffen wurden auch Bemühungen um eine politische Lösung des Konfliktes und die ohnehin äußerst belasteten Beziehungen zu Russland. Doch es hätte auch noch schlimmer werden können – wenn zwei Atommächte direkt aufeinander treffen.

Russlands Raketen blieben am Boden

Experte warnt vor einem Konflikt von Atommächten

Russland reagiert scharf auf das Vorgehen der USA in Syrien, es sieht darin eine Unterstützung des islamistischen Terrors.

Von Klaus Joachim Herrmann

Der russischen Führung war der US-Angriff auf die Basis seines syrischen Verbündeten eine Sitzung der ständigen Mitglieder seines Sicherheitsrates unter Leitung des Präsidenten Wladimir Putin wert, wie gegen Mittag in Moskau bekannt wurde. Bestätigt wurde eine erste Reaktion des Kreml, der am Freitag gleich drei schwere Beschuldigungen erhoben hatte. So bezeichnete namens des Präsidenten der Kremlsprecher die Attaken als Aggression gegen einen sou-

mit Russland absprechen wollen, doch die Zustimmung des IS erhalten. Die »Iswestija« titelt »Donald Trump schickte »Tomahawks« zur Freude der Terroristen«.

In einer ersten praktischen Reaktion setzte Russland eine Vereinbarung mit dem US-Militär aus, nach der sich beide Länder über Militärfüge und Angriffe über Syrien informierten. »Das Memorandum hat mit dem Angriff heute Nacht seinen Sinn verloren«, sagte der Kremlsprecher. Das russische Verteidigungsministerium gab bekannt, vorerst keine Informationen mehr über seine eigenen Kampfeinsätze weiterzugeben. Mit den Absprachen sollten Kollisionen zwischen russischen und amerikanischen Kampfflugzeugen im syrischen Luftraum verhindert werden.

Auch etwas spöttisch quittierten russische Medien den Angriff. »Die USA schießen schlecht«, titelte das Internetportal gaseta.ru. Hintergrund waren Angaben von General Igor Konaschenkow, offizieller Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums. Er hatte informiert, dass nur 23 von 59 abgeschossenen US-Raketen »Tomahawk« ins Ziel kamen: »Die Effektivität des massierten Raketenbeschusses ist äußerst gering.« Wo die restlichen 36 Flügelraketen angekommen seien, wisse man nicht. Verteidigungsminister Sergej Schoi-gu versicherte, die russischen Basen in Syrien seien zuverlässig geschützt.

In Webkommentaren wurde allerdings gefragt, warum Russland nicht seine Abwehrkräfte zur Verteidigung eingesetzt habe. Der Militärwissenschaftler Sergej Sudakow lobte hingegen die »Kaltblütigkeit des Oberkommandos«. Da die Komplexe zur Luftverteidigung Russland und nicht Syrien gehörten, hätte ein Gegenangriff zu einem Konflikt zweier Atommächte auf einem dritten Territorium führen können.

All das ist mehr als genug Stoff für den für kommende Woche bereits länger geplanten Besuch des US-Außenministers Rex Tillerson in Moskau. Im Auswärtigen Amt am Smolensker Platz scheint man noch nicht alle Hoffnung fahren lassen zu wollen. Die um scharfe Worte nie verlegene Außenamtssprecherin Maria Sacharow bezeichnete gemeinsame Anstrengungen gegen den internationalen Terrorismus weiterhin als alternativlos. Früher oder später werde sich dieses Erkenntnis durchsetzen: »Es ist zu wünschen, eher früher als später.«



Reichlich Porzellan zum Zerschlagen (Warenauslage in Damaskus)

Foto: AFP/Louai Beshara

veränen Staat, gegen das Völkerrecht und dies unter einem »erdachten Vorwand« – diplomatisch für Lüge.

Zitiert wurde in einem Tweet des Journalisten Dmitri Smirnow von der »Komsomolskaja Prawda« Kremlsprecher Dmitri Peskow aber auch mit einer Antwort, die er nur 48 Stunden zuvor einem BBC-Kollegen auf die Frage gegeben habe, was Russland bei einem US-Angriff auf Syrien unternehmen werde. Die lautete, dass dies eine »apokalyptische Diskussion« sei.

Ebenso wie die Agentur RIA/Novosti auf eine zeitliche Übereinstimmung zwischen dem US-Angriff und Attacken der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) auf syrische Posten an der Verbindungsstraße Homs-Palmyra hinwies, sah auch der Sicherheitsrat offenbar einen Zusammenhang. Neben dem »Schaden für die russisch-amerikanischen Beziehungen« äußerte er »tiefe Sorge über unausweichliche negative Folgen für die allgemeinen Anstrengungen beim Kampf gegen den Terrorismus«. Die »Nesawissimaja Gaseta« schreibt, die USA hätten den Schlag gegen Syrien

Schützenhilfe für Terrorgruppen

Syrischer Sprecher: US-Angriff bestätigt »ungerechten Krieg« der islamistischen Milizen

Die Raketen der USA könnten das bisher im politischen Prozess Erreichte für ein Ende der Kämpfe und für Verhandlungen im syrischen Konflikt wieder zerstören.

Von Karin Leukefeld, Damaskus

Es ist kurz vor dem Morgengebet, als 59 US-amerikanische Tomahawk Cruise Missile um 3.42 Uhr am Freitagfrüh auf der Luftwaffenbasis Al Shairat, südöstlich von Homs, einschlagen. Auf dem weitläufigen Militärgelände sind Hubschrauber und Kampfflug der syrischen Luftwaffe und der russischen Armee stationiert, die Syrien im Kampf gegen islamistische Kampfgruppen unterstützen.

Zuletzt hatte die Luftwaffe mit russischer Unterstützung einen Angriff von bis zu 10 000 islamistischen Kämpfern auf die Stadt Hama zurückgeschlagen. Anfang 2017 war ihr Einsatz ausschlaggebend bei der Rückeroberung der historischen Ruinenstadt Palmyra vom selbst ernannten »Islamischen Staat im Irak und in der Levante«. Nun liegt das Gelände der Basis in Trümmern, Video-Aufnahmen von Anwohnern des Areals zeigen Flammen, die noch in den Morgenstunden in den Himmel schlagen.

Die USA hatten die NATO und auch Russland kurz vor dem Angriff gewarnt, Personal war evakuiert worden. Dennoch wurden mehrere

Menschen getötet und etliche verletzt, teilte ein syrischer Armeesprecher am Freitagmorgen im syrischen Fernsehen mit. Der materielle Schaden sei »sehr groß«.

Die USA habe sich »zum Partner von IS, der Nusra-Front und anderer Terrororganisationen gemacht«, so der Sprecher des syrischen Militärs weiter. Diese Gruppen hätten ab dem ersten Tag »dieses ungerechten Krieges gegen Syrien« die Armee und Militärbasen angegriffen. Der US-Angriff würde sie darin bestätigen, ihren Kampf fortzusetzen.

Die USA habe den Angriff gestartet, ohne die Geschehnisse in Chan Scheichun untersucht zu haben. Syrien werde fälschlich beschuldigt, Chemiewaffen zu besitzen oder eingesetzt zu haben. Syrien habe nie Chemiewaffen gegen die Bevölkerung eingesetzt und werde es nie tun, wiederholte der Sprecher, was tags zuvor bereits vom syrischen Außenminister Walid Mouallem bei einer Pressekonferenz in Damaskus vorgetragen worden war. »Die Aggression der Vereinigten Staaten von Amerika verletzt internationales Recht« und werde Syrien nicht daran hindern, weiter gegen den Terror zu kämpfen.

Auch der demokratische US-Senator Tim Kaine bezeichnete den Angriff als »kriegerischen Akt«. Die USA hätten eine souveräne Nation mit Marschflugkörpern angegriffen, erklärte er. »Das ist ein Kriegsakt«,

so Kaine gegenüber dem Sender NPR. Dafür wäre unbedingt die Zustimmung des Kongresses erforderlich gewesen. »Der Präsident ist nicht befugt, einen Krieg zu beginnen, ohne eine Abstimmung im Kongress darüber«, betonte Kaine.

Als der syrische Militärsprecher seine Stellungnahme im Fernsehen

»Die USA haben sich zum Partner von IS, der Nusra-Front und anderer Terrororganisationen gemacht.«

Armeesprecher im syrischen Fernsehen

abgibt, ist es in Damaskus ruhig. Am Freitag, dem muslimischen Feiertag, bleiben die Familien lange zu Hause, bevor sich am späten Vormittag die Männer auf den Weg zum Freitagsgebet machen, das um die Mittagzeit stattfindet. Von den Minsaretten rufen die Muezzine, die Männer brechen auf, und in die Umayyaden-Moschee in der Altstadt kommen auch viele Frauen.

»Diesen Angriff haben wir nicht von den Amerikanern erwartet«, sagt A., ein junger Apotheker, der mit seinen Kindern bei einem späten Frühstück sitzt. »Wir haben hier genug Krieg gehabt, Washington und Mos-

kau müssen auf alle Seiten einwirken, damit die Kämpfe endlich aufhören. Wir brauchen und wir wollen eine politische Lösung, nicht noch mehr Bomben und Raketen.«

Tatsächlich könnte der US-Angriff das bisher Erreichte für ein Ende der Kämpfe und politische Verhandlungen in Syrien zerstören. Bereits am Freitagmorgen werden neue Angriffe der Nusra-Front nördlich von Hama gemeldet, das islamistische Kampfgruppen im Osten von Damaskus schicken Mörsergranaten in die Stadt. Die syrische Armee schlägt zurück, der seit Ende 2016 geltende Waffenstillstand im Land könnte brechen.

Mehr als 1300 lokale Waffenstillstände in Syrien sind ein klares Votum der Menschen hier, dass der Krieg ein Ende haben soll. Syrische Kämpfer legen ihre Waffen nieder und werden in ein staatliches Amnestieprogramm eingegliedert. Diejenigen, die weiterkämpfen wollen, werden aus den Wohngebieten abtransportiert und nach Idlib oder in die Türkei gebracht.

Am Samstagmorgen sollten solche Kämpfer aus Al Waer, einer Satellitenstadt bei Homs, nach Idlib evakuiert werden. Seit mehr als einem Jahr wartet die lokale Bevölkerung darauf, dass die Kämpfer endlich abziehen. Der US-Angriff wird die Vereinbarung stoppen. Wieder einmal hat die Gewalt sich durchgesetzt.

ANZEIGE

WELTNETZ TV

Hat Assad? Warum sollte er?

Karin Leukefeld: Gegeninfo aus Damaskus

Brandenburger Tor und Terror-Opfer 2. Klasse?

DIEPGEN, PLATZECK u. a.

»Botschaft der freien Welt«

China, Iran, die UN und zum Teil die EU zeigen sich wenig begeistert über die US-Luftangriffe auf Syrien. Überwiegend wurde Trumps Entscheidung begrüßt.

Berlin. Die Vereinten Nationen haben zu einer friedlichen Lösung der Syrienkrise durch Verhandlungen aufgerufen. Frieden sei das beste Mittel gegen Leid, sagte UN-Nothilfekordinator Stephen O'Brien am Freitag laut seinem Sprecher in Genf. Frieden könne nur erreicht werden, wenn Verhandlungen und Dialog eine Chance bekämen. Zu den Luftschlägen der USA äußerten sich die UN zunächst nicht. Eine Sprecherin des UN-Sondergesandten für Syrien, Staffan de Mistura, teilte mit, die Entwicklungen würden aufmerksam beobachtet.

China warnte nach dem US-Angriff auf einen syrischen Luftwaffenstützpunkt vor einer weiteren Eskalation des Konflikts. Eine »erneute Verschlechterung« der Lage müsse dringend verhindert werden, sagte eine Sprecherin des Außenministeriums am Freitag in Peking. Die chinesische Regierung lehne den Einsatz von Chemiewaffen kategorisch ab.

Der Iran verurteilte den US-Luftangriff scharf. »Diese militärischen Alleingänge sind gefährlich und schädlich«, sagte Außenminister Bahram Ghassemi laut Nachrichtenagentur ISNA. In der derzeitigen Lage würden diese Einsätze nur die Terroristen stärken und die Krise in Syrien noch weiter eskalieren lassen. Teheran warf den USA überdies vor, ihren Raketenangriff mit falschen Behauptungen zu rechtfertigen. Außenminister Dschawad Sarif zog auf Twitter Parallelen zum US-geführten Einmarsch in Irak 2003.

Saudi-Arabien, Erzrivale des Irans in der Gegend, begrüßte hingegen den Luftangriff als »mutige Entscheidung« Trumps. Das Königreich unterstütze die amerikanischen Militäroperation voll und ganz, meldete die staatliche saudische Nachrichtenagentur SPA unter Berufung auf das Außenministerium in Riad. Der Angriff sei eine Antwort auf die Verbrechen des syrischen Regimes gegen sein Volk.

Ähnlich der Tenor aus Israel. »In Worten und Taten hat US-Präsident (Donald) Trump eine starke und klare Botschaft ausgesandt, dass der Gebrauch chemischer Waffen nicht toleriert werden wird«, hieß es am Freitag in einer Mitteilung des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu. Sein Verteidigungsminister Avigdor Lieberman sprach von einer »wichtigen, notwendigen und moralischen Botschaft der freien Welt und US-Führung, dass man die Kriegsverbrechen des Horror-Regimes von Baschar al-Assad gegen unschuldige Zivilisten nicht dulden werde«.

Ein verstärktes internationales Vorgehen gegen den syrischen Machthaber Baschar al-Assad forderte Frankreichs Staatschef Francois Hollande: »Ich betrachte die Operation als eine Antwort« auf den mutmaßlichen Giftgasangriff vom Dienstag, sagte er am Freitag. »Sie muss jetzt auf internationaler Ebene fortgesetzt werden, wenn möglich im Rahmen der Vereinten Nationen.«

Auch Großbritannien war mit Rückendeckung für Trump zur Stelle: London unterstützte das Vorgehen Washingtons »uneingeschränkt«, erklärte die britische Regierung am Freitag. Der Luftangriff sei eine »angemessene Reaktion auf den barbarischen Chemiewaffenangriff der syrischen Regierung«.

Zustimmend äußerte sich auch EU-Ratspräsident Donald Tusk. »Die USA demonstrieren mit den Luftschlägen die Entschlossenheit, die es angesichts der barbarischen chemischen Angriffe braucht«, kommentierte er über Twitter. Bei EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hörte sich das indes anders an: Lediglich ein politischer Prozess könne zu dauerhaftem Frieden führen, sagte er. Agenturen/nd



US-Präsident Donald Trump ließ Assad-Truppen bombardieren. Die Bundesregierung findet's gut.

Foto: dpa/AP/Alex Brandon

Gelähmt und stundenlang bewusstlos

Ein Überlebender aus Chan Scheichun berichtet

Idlib. Hassan Jussef hat den Luftangriff auf das syrische Chan Scheichun nur knapp überlebt. Gerettet habe ihn der richtige Reflex, sagt er. Wenige Tage nach dem Angriff liegt der etwa 40-jährige Syrer mit dem grau melierten Kinnbart in einem Krankenhausbett rund 65 Kilometer nördlich von Chan Scheichun. Sein Körper ist in Decken gehüllt. Als sein Schwager ihm die Verbände wechselt, werden die grellroten Verbrennungen an seinen Beinen sichtbar.

Zum Zeitpunkt des Angriffs am Dienstagmorgen habe er gerade Zuhause ferngesehen, berichtet Jussef. Zunächst dachte er, dass es sich um einen der üblichen Luftangriffe handele, die die Rebellen und Dschihadisten kontrollierte Kleinstadt in der Provinz Idlib immer wieder treffen. Doch als er Opfern des Angriffs zu Hilfe eilte und vor seinen Augen zwei Menschen zusammenbrachen, war er sich sicher: Es muss sich um giftige Substanzen handeln.

Jussef traf instinktiv die richtige Entscheidung: »Ich bin die Treppen eines dreistöckigen Gebäudes bis aufs Dach hinaufgeklettert«, berichtet er. »Ich hatte im Fernsehen gesehen, dass man bei einem chemischen Angriff höhere Stockwerke aufsuchen soll, weil die giftigen Substanzen eher am Boden bleiben.«

Als er immer schwächer wurde, schlepte sich Jussef auf allen Vieren die Stufen empor. Er verlor das Bewusstsein, erlangte es kurzzeitig wieder, spürte, wie sich im Körper ein Gefühl der Lähmung ausbreitete und wurde wieder bewusstlos. Als er schließlich erwachte, berichteten ihm Nachbarn, dass er acht Stunden lang ohnmächtig gewesen war.

Eine Untersuchung von Opfern aus Chan Scheichun ergab Hinweise auf den chemischen Kampfstoff Sarin. Das geruchlose Nervengas gehört zu den am meisten gefürchteten Kampfstoffen und kann über Haut und Atemwege in den Körper gelangen. Die Symptome reichen von Sehstörungen und Muskelzuckungen über Atemnot und Krämpfen bis hin zu Bewusstlosigkeit und Atemlähmung.

Hassan Jussef kann seine Beine auch zwei Tage nach dem Angriff noch nicht spüren. »Der Arzt hat mir heute gesagt, dass ich eine Operation brauche, weil meine Nerven beschädigt wurden«, sagt Jussef. Besonders schmerze sein Hals, noch immer könne er kein Glas Wasser trinken.

Manchmal seien die Schmerzen so unerträglich, dass er sich wünsche, lieber getötet worden zu sein, sagt Jussef. Dann wieder ist er dankbar, dass er den Schrecken von Chan Scheichun überlebt hat. AFP/nd

Bundesregierung an Trumps Seite

Große Koalition kann US-Angriff in Syrien »nachvollziehen« / Kritik von LINKEN und Grünen

Der gezielte Militärschlag der USA gegen eine Luftwaffenbasis der syrischen Armee findet den Beifall der Bundesregierung. Dagegen warnen Oppositionspolitiker vor einer weiteren Eskalation in der Region.

Von Aert van Riel

Nun scheinen sie doch noch zusammenzufinden. Nachdem Politiker der schwarz-roten Bundesregierung seit der Wahl von Präsident Donald Trump in den vergangenen Monaten immer wieder Sorgen über den außenpolitischen Kurs der USA und deren künftiges Verhältnis zur NATO geäußert hatten, war am Freitag aus Berlin erstmals deutliches Lob für die

Politik des Republikaners zu hören. Anlass hierfür war, dass US-Streitkräfte in der Nacht eine Luftwaffenbasis der syrischen Armee zerstört und dabei nach offiziellen Angaben mindestens drei Armeegehörige und neun Zivilisten getötet hatten. Die Verantwortlichen in Washington teilten mit, dass sie für den kürzlich erfolgten mutmaßlichen Einsatz von Chemiewaffen mit vermutlich mehr als 80 Todesopfern im syrischen Ort Chan Scheichun Vergeltung geübt hätten.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) bezeichneten den Angriff der USA als »nachvollziehbar«. »Es war kaum erträglich mit ansehen

zu müssen, dass der Weltsechheitsrat nicht in der Lage war, klar und eindeutig auf den barbarischen Einsatz chemischer Waffen gegen unschuldige Menschen in Syrien zu reagieren«, sagte Gabriel bei einem Besuch in Mali. Nichtsdestotrotz sprach der SPD-Politiker auch davon, die »Vereinten Nationen zu unterstützen, um eine politische Lösung des Bürgerkriegs zu erreichen«. Dabei dürfte ihm klar sein, dass das unter anderem von der Bundesrepublik verfolgte Ziel, den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad zu stürzen, nicht mit friedlichen Mitteln zu erreichen ist. »Nur ein demokratisches und freies Syrien wird auch ein friedliches Syrien sein. Das wird mit Assad nicht gehen«, sagte Gabriel.

Ähnlich äußerte sich Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen. Die CDU-Politikerin meinte, dass der Einsatz von Chemiewaffen nicht nur geächtet sein, sondern auch Konsequenzen haben müsse. Von der Leyen warf Assad vor, seit sieben Jahren »gegen seine Bevölkerung Krieg zu führen, dem 400 000 Menschen zum Opfer gefallen seien und der zwölf Millionen Menschen in die Flucht getrieben habe«.

Nach Angaben eines Sprechers des Verteidigungsministeriums war die Bundeswehr nicht an dem Luftschlag beteiligt, weil dies nicht mandatskonform sei. Sechs deutsche »Tornado«-Aufklärungsflugzeuge und ein Tankflugzeug unterstützen Luftangriffe der internationalen Allianz gegen die Terrormiliz Islamischer Staat.

Die LINKE-Bundestagsabgeordnete Sevim Dagdelen warf den USA einen Bruch des Völkerrechts und die gezielte Provokation von Russland vor. Moskau unterstützt in dem Krieg gemeinsam mit Iran und der schiitisch-libanesischen Miliz Hisbollah die syrischen Truppen. Dagdelen warnte davor, dass »aus dem Stellvertreterkrieg in Syrien jetzt ein Weltkrieg« werden könnte. Die Begründung für den Luftschlag teile sie nicht. »Bisher gibt es keinerlei wirkliche Aufklärung zur Urheberschaft des Giftgasansatzes in Chan Scheichun«, sagte die LINKE-Politikerin. Sie forderte die Bundesregierung da-

zu auf, »deutsches Territorium für weitere US-Angriffe nicht zur Verfügung« zu stellen.

Auch die evangelische Kirche war wegen des US-Angriffs besorgt. Ein solcher Militärschlag entspreche »in keiner Weise den Kriterien einer evangelischen Friedensethik«, sagte der evangelische Berliner Bischof Markus Dröge.

Politiker vom linken Flügel der Grünen äußerten sich entsetzt. Der Berliner Bundestagsabgeordnete Hans-Christian Ströbele schrieb im Kurznachrichtendienst Twitter, dass die USA »als Weltpolizist ohne UN-Resolution bombten, also ohne rechtliche Grundlage«. Die Bundesregierung finde das o.k. und ermuntere Trump damit zum Weitermachen.

Dagegen hielt sich Simone Peter mit direkter Kritik an der Kriegspolitik der USA zurück. Die Grünen-Chefin erklärte, dass der »Schock über die Giftgasopfer« tief sitze und Aufklärung erforderlich sei. Sie warnte vor einer »Eskalationsspirale« und forderte, eine politische Lösung anzustreben.

ANZEIGE

PapyRossa Verlag | Luxemburger Str. 202 | 50937 Köln



Karin Leukefeld
Flächenbrand | Syrien, Irak, die Arabische Welt und der Islamische Staat | 3., aktualisierte Auflage

Karin Leukefeld erläutert, wie und warum die Region des »Fruchtbaren Halbmondes« in Flammen aufgeht, welche Auswirkungen dies auf Syrien und seine Nachbarstaaten hat und welche Perspektiven sich abzeichnen. »Ein gelungenes Reportagebuch« (Süddeutsche Zeitung)

308 Seiten | € 16,90



Werner Rügemer
Bis diese Freiheit die Welt erleuchtet
Transatlantische Stillbilder aus Politik und Kultur

Was tut sich in Städten, Unternehmen, Finanzöasen, Gerichtssälen, Redaktionen, Kunst und Kultur? Werner Rügemer zeigt »wunde Punkte« beiderseits des Atlantik und setzt einen Kontrapunkt gegen professionelle Vergessensproduktion und machtgesättigte Desinformation.

2. Auflage | 224 Seiten | € 14,90

Tel.: (0221) 44 85 45 | www.papyrossa.de | mail@papyrossa.de